



Volk stimmt im November über Kita-Betreuungsgutscheine ab

Der Stadtrat hat die Kita-Initiative der SP mit 39 zu 32 Stimmen abgelehnt.

Bernhard Ott

Sollen Eltern in der Stadt Bern ein Anrecht auf einen Kita-Platz erhalten, wie dies die SP verlangt? Oder sollen nur erwerbstätige Eltern dieses Anrecht haben, wie dies der Gemeinderat will? Ende November wird in der Stadt Bern an der Urne über die Zukunft der externen Kinderbetreuung entschieden. Zur Debatte stand gestern im Stadtrat aber auch der Antrag einer Mitte-rechts-Mehrheit der vorberatenden Kommission, die sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag ablehnt. Sie sprach sich für einen Systemwechsel aus: Eltern sollen einen Gutschein erhalten, den sie in der Kita ihrer Wahl einlösen können. **«Gutschein führt nicht zu Platz»**

Ursula Marti (SP) bezweifelte, ob der Anspruch auf einen Gutschein auch zu einem Kita-Platz führen werde. Um arbeitstätigen Eltern Sicherheit bei ihrer Lebensplanung zu verleihen, brauche es einen Rechtsanspruch, wie dies die Initiative verlange. «Es bleibt ungewiss, ob und wann die Eltern den Gutschein einlösen können.» Ebenfalls unklar sei, ob der Kanton ein Betreuungsgutschein-System in den Lastenausgleich aufnehmen werde. Negativ sei ein Systemwechsel auch für die privaten Kitas, die ihre Leistungsverträge mit der Stadt verlieren würden, sagte Marti. Cristina Anliker Mansour (GB) stiess ins gleiche Horn: Sie befürchtete, dass ein Wechsel zum Gutscheinsystem die Betreuungsqualität

beeinträchtigen werde, da die Tagesstätten ohne staatliche Unterstützung zu Sparmassnahmen gezwungen würden.

«Initiative ist eine Giesskanne»

Kathrin Bertschy (GLP) prophezeite einen erhöhten Verwaltungsaufwand bei Annahme der Kita-Initiative. «Bei der Initiative handelt es sich um ein unüberlegtes Vorhaben, das die SP im letzten Wahlkampf lanciert hatte.» Die Verankerung eines Rechtsanspruchs sei nicht kombinierbar mit dem Pilotversuch zur Einführung eines Betreuungsgutschein-Systems, den der Stadtrat im Februar dieses Jahres beschlossen habe. Support erhielt Bertschy von bürgerlicher Seite. «Die Kita-Initiative ist eine Giesskanne und keine Familienförderung», sagte Béatrice Wertli (CVP). Ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz entmündige die Eltern. Die BDP/CVP-Fraktion unterstütze den Gegenvorschlag der Kommission. «Wir wollen den Eltern die Wahl lassen, über die Betreuungsform zu entscheiden.» Auch die GFL/EVP-Fraktion sprach sich für einen Wechsel zum Gutscheinsystem aus. Das heutige System bevorzuge einseitig die niederen Einkommensklassen, sagte Rania Bahnan Büchi. Das Solidaritätssystem werde überstrapaziert. Bahnan Büchi äusserte auch Zweifel an der Umsetzbarkeit der Initiative, da der Kanton keine zusätzlichen Kita-Plätze der Stadt in den Lastenausgleich aufnehmen werde.

Bürgerliche wollen Wettbewerb

Erich Hess (SVP) stellte die familienexterne Kinderbetreuung grundsätzlich infrage und machte sie für den Anstieg der Jugendkriminalität verantwortlich. Für

die «Planwirtschaft» der Initianten und des Gemeinderates zeigte er kein Verständnis. «Wenn schon Tagesstätten, dann mit dem Gutscheinsystem.» Die Qualität der Betriebe würde durch den Wettbewerb gesteigert. Auch Pascal Rub (FDP) sprach sich für den Systemwechsel aus. Die FDP setze sich seit jeher für die externe Kinderbetreuung ein. Unterstützungswürdig sei aber nicht der Ausbau der Planwirtschaft, sondern die Förderung privater Kindertagesstätten.

Volk kann System an Urne ändern

Gemeinderätin Edith Olibet (SP) wies darauf hin, dass es mehr private als städtische Kitas auf Stadtgebiet gebe. «Die Platznot kann man mit Betreuungsgutscheinen nicht beheben.» Nur eine Erhöhung der Kita-Plätze könne hier Abhilfe schaffen. «Am liebsten wünschte ich mir Gratis-Kita-Plätze für alle.» Der Kanton Basel-Stadt habe sehr gute Erfahrungen mit dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz gemacht, sagte Olibet.

Bei den Abstimmungen setzte sich der Kommissionsantrag durch: gegen einen Vorschlag der EDU, der auch Betreuungsgutscheine für die familiäre Betreuung verlangte. Und gegen den Gegenvorschlag des Gemeinderates mit 39 zu 31 Stimmen. Schliesslich wurde die Initiative mit 40 zu 31 Stimmen abgelehnt, der Gegenvorschlag der Kommission mit 39 zu 32 Stimmen angenommen. Ende November kann das Volk somit an der Urne zwischen dem Rechtsanspruch für alle auf einen Kita-Platz und dem Systemwechsel auf Betreuungsgutscheine wählen.